

Religionen in der Außenpolitik: Religionsbasierte Akteure als Friedenspartner in den internationalen Beziehungen?

Bender, Peter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bender, P. (2018). *Religionen in der Außenpolitik: Religionsbasierte Akteure als Friedenspartner in den internationalen Beziehungen?* (ifa Input, 05/2018). Stuttgart: ifa (Institut für Auslandsbeziehungen). <https://doi.org/10.17901/AKBP2.10.2018>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Religionen in der Außenpolitik

Religionsbasierte Akteure als Friedenspartner in den internationalen Beziehungen?

Peter Bender

ifa Input 5/2018

Relionsgemeinschaften arbeiten vielfach mit besonderer Motivation, spezifischer Glaubwürdigkeit und internationalen Netzwerken weltweit an Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität – auch wenn einige andere sich auf Religion berufende Gewalttäter immer wieder außenpolitisch bedeutsame Krisen auslösen. Neue Friedensbemühungen und Herausforderungen in den internationalen Beziehungen erfordern daher vermehrt Religionskompetenz und -sensibilität in der Außen- und Sicherheitspolitik – und die Bereitschaft und Qualifikation, mit Religionsgemeinschaften partnerschaftlich zusammen zu arbeiten. Zahlreiche Staaten und internationale Organisationen haben das Friedenspotenzial von Religionen außenpolitisch verstärkt in den Blick genommen, die strategische Bedeutung religionsbezogener Friedenspolitik erkannt und entsprechende Kooperationen initiiert. Die in die Friedensverantwortung genommenen Religionen sowie eine religionskompetente Außenpolitik können gemeinsam einen wichtigen Beitrag für das friedliche Zusammenleben der Menschheit leisten. Dies gilt umso mehr als säkularer werdende Gesellschaften in Europa sich oft religiöser werdenden Gemeinwesen außerhalb Europas gegenüber sehen. Wie können religionsbasierte Akteure als Partner in die Außenpolitik eingebunden werden? Über welche Themen, Formate oder Foren?

Religionsbasierte Akteure als globale Friedenspartner

Staaten und internationale Organisationen thematisieren Religion in der Außenpolitik sehr unterschiedlich – institutionell, inhaltlich, methodisch und instrumentell. Bei den meisten Staaten und Organisationen stehen besonders die internationale Förderung der Religionsfreiheit, Kampf gegen Radikalisierung und religiös verbrämte Gewalt, Mediation, interreligiöser Dialog sowie geographisch die Region Naher und Mittlerer Osten im Blick.

Religionsbasierte Akteure sind zur Frühwarnung bei entstehenden oder zu eskalieren drohenden Konflikten wertvolle Informationsquellen und sind bei Kontaktaufnahme mit Konfliktparteien unter Umständen flexibler

und anschlussfähiger als Regierungen oder staatliche Institutionen. So ist die außenpolitische Zusammenarbeit besonders in den Bereichen Konfliktprävention, Mediation und Versöhnungsarbeit von Bedeutung. Dabei können Religionsgemeinschaften und religionsbasierte Akteure eine konstruktive Rolle spielen – nicht nur, aber gerade wenn Religion ein Aspekt des Konfliktgeschehens ist.

Religionsbasierte Akteure genießen besonderes Vertrauen, ihnen wird oft Unabhängigkeit und Neutralität zuerkannt oder kein Machtstreben/politisches Eigeninteresse unterstellt, man fürchtet von ihnen keine materiellen Sanktionen, ihre religiös-ethische Friedensmotivation gilt als nachvollziehbar glaubwürdig, ebenso wird ihnen oft aufgrund ihrer theologischen Ausbildung und seelsorgerlichen Erfahrungen im Unterschied zu säkularen Akteuren eine spezifische Kompetenz

in Vermittlung, bei der Lösung von Wertekonflikten, Versöhnung und Aufarbeitung von Fehlverhalten und Schuld zugesprochen (vgl. Weingardt 2016: 30-32).

Religiöse Friedensinitiativen scheinen besonders dann erfolgversprechend, wenn sie sich als instrumentalisierungsresistent erweisen. Kriterien hierfür können sein:

„Respekt vor der Komplexität ihrer Überlieferungen, strukturelle Toleranz in Form von institutionalisierten moderaten Diskursen, ein hohes Autonomiepotenzial gegenüber Staat und Gesellschaft sowie eine diversifizierte innerreligiöse Öffentlichkeit.“ (Hasenclever/De Juan 2007: 16)

Die Förderung einer solchen religiösen Bildung könnte eine wichtige Aufgabe für eine „Religionsaußenpolitik“ (Hasenclever/De Juan 2007: 16) sein – auch um die religiöse „Instrumentalisierungsprophylaxe als Herausforderung der Friedenspolitik ernst zu nehmen“ (Hasenclever/De Juan 2007: 16).

Die Rahmenbedingungen von Friedens- und Versöhnungsarbeit mit religiösen Partnern nach Gewaltkonflikten sind (Bread for the World 2016: 13-15):

- Kommunikation auf Basis ethischer Grundlagen,
- religiöse Praxis,
- ausreichend Zeit und angemessene Orte für Traumabewältigung,
- spirituelle Einkehr und Erholung,
- Fortbildung und Supervision sowie
- Unterstützung durch externe Partner

Eine Grundlage für (inter)religiöse Versöhnungsarbeit könnte eine von *Religions for Peace (RfP) International*, der Sikh-Organisation *Guru Nanak Nishkam Sewak Jatha (GNNSJ)* dem Fet-

zer Institute und der *Guerrand-Hermes Foundation for Peace* erarbeitete und geförderte „*Charter for Forgiveness and Reconciliation*“ sein.

Religionsbezogene Außenpolitiken ausgewählter Staaten – Prioritäten, Institutionen und Beispiele

Der Aufbau von Religionskompetenz in Auswärtigen Diensten verschiedener Länder scheint besonders unter folgenden Bedingungen erfolgreich zu sein:

- Bei Unterstützung durch die politische Leitung
- Formulierung und Umsetzung einer klaren langfristigen Strategie
- Systematischer Einbezug externer Expertise
- Erstellung praxisorientierter Handreichungen für auslandspostenspezifische Situationen
- Austausch mit religiösen Akteuren
- Vermittlung von auf internationale Konflikte bezogene Grundlagen
- Bei der Diplomatenaus- und -fortbildung sollten nicht nur das Konfliktpotenzial, sondern auch die Friedensressourcen der Religionen in den Blick genommen werden.

Deutschland

Die Hauptakteure der religionsbezogenen Außenpolitik Deutschlands sind das Auswärtige Amt (AA) und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) mit ihren jeweiligen Mittlerorganisationen. Friedensverantwortung der Religionen, Religionsfreiheit, Religionsdialog, interkulturelle und interreligiöse Zusammenarbeit sowie das Engagement religionsbasierter Akteure für nachhaltige Entwicklung sind dabei zentrale Themen.

Das Auswärtige Amt hat im Oktober 2016 einen Arbeitsstab „Friedensverantwortung der Religionen“ (AS-FR) eingerichtet. Er ist der Leitung der Abteilung 6 (Kultur und Kommunikation) zugeordnet und soll Kontakte zu Religionsvertretern und religionsbasierten Akteuren sowie zu Expertinnen und Experten und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die mit der Friedensverantwortung der Religionen befasst sind, aufbauen und pflegen.

Der Einsatz der Bundesregierung für internationale Religionsfreiheit ist davon zu unterscheiden und Teil der Menschenrechtspolitik. Das Auswärtige Amt hat 2016 einen Bericht der Bundesregierung über die internationale Religionsfreiheit und Deutschlands Bemühungen bei der internationalen Sicherung dieses Grundrechts vorgelegt. Die neue Bundesregierung hat 2018 einen Beauftragten für weltweite Religionsfreiheit eingerichtet, derzeit angesiedelt beim BMZ.

Das BMZ setzt gezielt auf Religionen als strategische Kooperationspartner und hat Anfang 2016 das Programm „Religionen als Partner in der Entwicklungszusammenarbeit“ ins Leben gerufen. Die Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) sucht mit der Initiative „*Religion matters*“ den Dialog, informiert in der Rubrik „Werte und Religionen“ und verweist auf die Internet-Plattform *International Partnership for Religion and Sustainable Development* (PaRD).

Frankreich

Trotz der *laïcité* ist Religion für die französische Außenpolitik ein anerkanntes Thema. Hauptakteure sind das Außenministerium *Ministère des Affaires étrangères et du Développement international* (MAEDI) sowie das Verteidigungsministerium *Ministère de la Défense* (MINDEF). Prospektive Analyse, politikbera-

tende Forschung, der Schutz der Christen im Nahen Osten, Diplomatenausbildung, Förderung des interreligiösen Dialogs sowie Kontakt zu Religionsvertretern stehen dabei im Zentrum. Das französische Außenministerium hat 2009 eine besondere Arbeitseinheit für religiöse Fragen – *pôle religions* – eingerichtet. Bereits das Weißbuch über die Verteidigung und die nationale Sicherheit von 2008 hatte dies als wichtiges Element der Globalisierung anerkannt.

Großbritannien

Das britische Außenministerium *Foreign & Commonwealth Office* (FCO) befasst sich verstärkt mit Religion, besonders mit der Religions- und Glaubensfreiheit (*Freedom of Religion or Belief* FoRB) und der *religious literacy* der britischen Außenministeriumsmitarbeiter. Das FCO thematisiert Religion in vier Bereichen: auf multilateraler Ebene bei den Vereinten Nationen und der Europäischen Union, bei bilateralen Kontakten, um religiös diskriminierende Gesetze in Partnerländern abzuschaffen oder Einzelfälle religiöser Verfolgung anzusprechen, in Projektarbeit etwa bei der Förderung des interreligiösen Dialogs oder der Information über Religionsfreiheit und schließlich bei der Diplomatenaus- und -fortbildung. Das FCO trifft sich regelmäßig mit Religionsvertretern aus der ganzen Welt und aus dem Vereinigten Königreich.

Italien

Religion und die Zusammenarbeit mit religiösen Akteuren sind wichtiges Thema für die italienische Innen- und Außenpolitik, u. a. Religionsfreiheit, Mittelmeerpolitik, interreligiöser und interkultureller Dialog. Zentraler Akteur ist das Außenministerium *Ministero degli Affari Esteri e della Cooperazione Internazionale*. Prägend sind Dialog und Zusammenarbeit mit Wissenschaft, Politikberatung, mit

katholischen und interreligiösen Organisationen wie etwa der Bewegung *Comunità di Sant'Egidio*. Eine Besonderheit ist die räumliche Nähe zum Vatikan als Zentrum der Katholischen Kirche. Wichtige Elemente der religionsbezogenen italienischen Außenpolitik sind Konferenzen und Seminare und die Kontakte zu den diplomatischen Netzwerken des Heiligen Stuhls. Großes Potenzial besitzt die Zusammenarbeit mit den vielen religiösen Organisationen in Rom.

USA

Die religionsbezogene US-Außenpolitik nach dem Regierungswechsel 2017 ist schwer einzuschätzen. Inwieweit die unter US-Präsident Obama und Außenminister Kerry eingeführten Institutionen und Politiken bezüglich Religion in der US-Außenpolitik jetzt verändert oder komplett rückabgewickelt werden, bleibt offen. Dass die religiöse Rechte in den USA nun verstärkt Einfluss auf die US-amerikanische Außenpolitik nimmt und etwa konfrontativ die internationale Religionsfreiheit mehr betont, verstärkt Verfolgung von Christen in muslimischen Ländern anprangert oder die Religions-, Jerusalem- und Siedlungspolitik der Regierung Israels unterstützt, wird oft vermutet.

Detailliertere und auf die neue Administration und den US-Kongress abzielende Empfehlungen formulieren das *Religious Freedom Institute* (RFI) und das *Center on Faith and International Affairs* (CFIA) 2017 im Policy Brief „*US Foreign Policy and International Religious Freedom*“. Darin fordern sie eine überparteiliche Religionsaußenpolitik, Fortbildungen zur Religionsfreiheit für alle US-Diplomaten, die Einbeziehung der internationalen Religionsfreiheit in die Nationale Sicherheitsstrategie und die Einrichtung von Unterausschüssen zur

internationalen Religionsfreiheit in beiden Kammern des Kongresses.

Religionsbezogene Aktivitäten internationaler Organisationen

Vereinte Nationen (UN)

Die Thematisierung von Religion in der UN-Politik und die Beziehungen der Vereinten Nationen zu religiösen Organisationen sind vielfältig und haben an Bedeutung gewonnen. Zentrale Akteure und Initiativen sind der UN-Generalsekretär, die UN-Generalversammlung, die *UN Alliance of Civilizations* (UNAOC), die *UN Task Force on Religion and Development* (UN IATF-FBOs), die *United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization* (UNESCO) und der UN-Sonderberichtersteller für Religions- und Glaubensfreiheit. Themen sind Friedensförderung, Religionsfreiheit, interkultureller und interreligiöser Dialog sowie Religionen und nachhaltige Entwicklung.

2008 veröffentlichte der UN-Generalsekretär erstmals einen Bericht zu interreligiösem Dialog und Friedensarbeit der UN mit Religionen „*Interreligious and intercultural Dialogue, understanding and cooperation for peace*“. Die UN-Generalversammlung befasst sich seit 2003 in jährlichen Entschlüssen mit dem interreligiösen und interkulturellen Dialog und feiert seit 2010 jedes Jahr in der ersten Februarwoche die *World Interfaith Harmony Week*. Die UN-„Allianz der Kulturen“ (*United Nations Alliance of Civilizations* (UNAOC)) für den interkulturellen Dialog zwischen dem „Westen“ und der islamischen Welt wurde 2005 eingerichtet. Sie geht zurück auf eine Initiative Spaniens und der Türkei nach islamistischen Terroranschlägen in Madrid und Istanbul 2004.

Die Zusammenarbeit der UN-Sonderorganisationen mit religionsbasierten Akteuren und die Thematisierung von Religion in der UN-Arbeit wird seit 2007 koordiniert von der *United Nations Inter-Agency Task Force on Engaging Faith-Based Actors for Sustainable Development* (kurz: *UN Task Force on Religion and Development* oder UN IATF-FBOs). Darin arbeiten nicht weniger als 19 UN-Einrichtungen zusammen. Die UNESCO ist auch im interreligiösen Dialog aktiv, etwa durch UNESCO-Lehrstühle für Religion, Religionsfrieden, interreligiösen und interkulturellen Dialog.

Europäische Union

Die Europäische Union befasst sich schon seit über zwei Jahrzehnten mit Religion in ihren Außenbeziehungen. Auch intern unterhält sie regelmäßige Beziehungen zu Religionsvertretern. Hauptakteure sind dabei die Europäische Kommission, die EU-Außenbeauftragte und der Europäische Auswärtige Dienst, das Europäische Parlament, die Euro-Mediterrane Anna-Lindh-Stiftung und seit 2016 der neue EU-Sondergesandte für die Förderung der Religions- und Glaubensfreiheit außerhalb der Union. Zentrale Themen sind die Nichtdiskriminierung aus religiösen Gründen, der interkulturelle und interreligiöse Dialog, religiöse Vielfalt und der Einsatz für im Ausland religiös Verfolgte.

Organisation of Islamic Cooperation (OIC)

Die Organisation für Islamische Zusammenarbeit (*Organisation of Islamic Cooperation* (OIC)) äußert sich immer wieder zu internationalen religionsbezogenen Fragen, insbesondere wenn der Islam oder Muslime betroffen sind. Islamistisch verbrämte Gewalttaten wie die Anschläge auf koptische Christen am Palmsonntag 2017 in Ägypten werden klar verurteilt.

Mit einem symbolträchtigen Forum von OIC und EU-Außenministern im Februar 2002 in Istanbul wurde der Istanbul-Prozess zum interkulturellen und interreligiösen Dialog zwischen westlichen und muslimischen Ländern gestartet – ganz bewusst nach den Anschlägen vom 11. September 2001. Eine entscheidende Krisenintervention beim Streit um die Mohammed-Karikaturen in skandinavischen Medien 2005 war die gemeinsame Erklärung von UNO-Generalsekretär Kofi Annan, dem EU-Außenbeauftragten Javier Solana und dem Generalsekretär der OIC Ekmeleddin İhsanoğlu im Februar 2006 am Sitz der OIC in Dschidda (Jeddah).

Das im Oktober 2016 im OIC-Generalsekretariat neu eingerichtete *Center for Dialogue, Peace and Understanding* (CDPU) soll als „Stimme der Weisheit“ (*Sawt Al-Hikma*) über Internet, Videos und soziale Medien Extremismus und Radikalisierung entgegenwirken, als Ressourcenzentrum in Zusammenarbeit mit Anti-Terror-Behörden, UN-Institutionen und Experten fungieren. Dies soll durch religiöse Aufklärung, Verweise auf Koran- und Hadithquellen sowie moderate Gegennarrative geschehen.

Bei den ethnisch-religiösen Gewaltkonflikten zwischen Christen und Muslimen in der Zentralafrikanischen Republik 2013/2014 beteiligte sich die OIC an den Friedensbemühungen mit Besuchen hochrangiger Vertreter und mit humanitärer Hilfe vor Ort. Die OIC hat eine Islamophobie-Beobachtungsstelle, das *Islamophobia Observatory* und erstellt seit 2007 jährlich einen genau dokumentierten Bericht zu Islamfeindlichkeit in verschiedenen Ländern der Welt.

Dialogpartner und Kooperationsmöglichkeiten weltweit

Russland

Religion hat für die russische Außenpolitik eine (geo)strategische Bedeutung, insbesondere der interreligiöse Dialog. Russland möchte sich international gerne als multireligiöses Land, als weltpolitischer Mittler zwischen West und Ost, Nord und Süd, Christentum und Islam darstellen und religionsaußenpolitische Soft Power entwickeln. Russland nutzt dabei auch seinen Beobachterstatus in der OIC, um Zugang zu Akteuren und Institutionen zu bekommen, deren Türen den USA und der EU normalerweise nicht offen stehen.

Es gibt neben Beratungsgremien des russischen Präsidenten, dem *Council for Co-operation with Religious Associations* und der Regierung der Russischen Föderation, der *Commission on Religious Associations*, schon seit 2003 eine Arbeitsgruppe über die Beziehungen zwischen dem Außenministerium und der russisch-orthodoxen Kirche. Seit 2007 besteht ein *Advisory Council* über die Zusammenarbeit zwischen dem Außenministerium und den muslimischen Organisationen Russlands. Arbeitskontakte gibt es zwischen dem russischen Außenministerium und dem *Advisory Council of the Heads of Protestant Churches in Russia* und der katholischen Russischen Bischofskonferenz.

Türkei

Religionsbezogene außenpolitische Zusammenarbeit mit der Türkei scheint derzeit sehr schwierig, da sich sowohl die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei als auch das Verhältnis zwischen der Türkei und der EU seit dem Sommer 2016 dramatisch verschlechtert haben. Dies alles wiegt umso schwerer als die staatliche türki-

sche Religionsbehörde *Diyanet*, der türkische Moscheeverband in Deutschland DITIB und sogar einzelne türkische Geistliche in Deutschland selbst sich Spitzel- und Spionagevorwürfen ausgesetzt sahen.

Außenpolitisch konstruktiv scheint es zu sein, mit den staatlichen und religiösen Institutionen in der Türkei die Vorbereitung der entsandten türkischen Imame auf Deutschland und Europa durch Sprachkurse, Landeskunde und Vermittlung interkultureller und interreligiöser Kompetenz zu verbessern und bestehende Kooperationen in diesem Bereich auszubauen. Weitere Anknüpfungspunkte für eine Kooperation mit der türkischen Regierung oder mit religionsbasierten Akteuren in der Türkei könnten die *UN Alliance of Civilizations* (UNAOC) sein (immerhin eine frühere Ko-Initiative von Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan), indirekt über die OIC oder mit türkischen Wissenschaftlern und Religionsvertretern im multilateralen Kontext.

Marokko

Marokko hat ein grundsätzliches Interesse an der Förderung moderater islamischer Religiosität und religionsbezogener internationaler Zusammenarbeit. Das Königreich versteht sich als historisch und demographisch mit Europa verbundene Nation mit regionalem Führungsanspruch und besonderem religiös-kulturellen Erbe. Marokko war wiederholt Gastgeber für internationale Konferenzen zu Frieden zwischen den Religionen.

Die Umsetzung der Marrakesch-Erklärung gegen Gewalt gegenüber religiösen Minderheiten in muslimischen Ländern, unterzeichnet 2016 in der marokkanischen Stadt von hundert muslimischer Politiker und Gelehrten aus über 120 Ländern auf Einladung König Mohammeds VI., könnte bei der außenpolitischen

religionsbezogenen Zusammenarbeit ebenso Anknüpfungspunkt sein wie der *Rabat Action Plan 2012*, initiiert unter anderem vom UN-Sonderberichterstatter zu Religions- und Glaubensfreiheit.

Iran

Die Auflockerung der diplomatischen Isolation Irans ist durch den Rückzug der US-Regierung aus dem Abkommen zum Nuklearprogramm gefährdet. Aufgrund der religiösen Dominanz im politischen System der Islamischen Republik und angesichts der Menschenrechtslage im Iran ist die Zusammenarbeit mit dem Land politisch hochsensibel. Dass Iran durchaus ein Interesse an kooperativer Religionsaußenpolitik zeigt, sich als religiös plurales Land präsentieren und durch Religionsdialog die Isolation aufbrechen will, bietet Anknüpfungspunkte für die deutsche Außenpolitik.

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hatte bereits in den 2000er Jahren Kontakte und Dialogseminare mit iranischen Institutionen. Zu nennen sind dabei das *Institute for interreligious Dialogue (IID)* in Teheran, das *Center for Dialogue among Civilizations* in Teheran sowie das Zentrum für interreligiöse Studien in Qom im Bereich theologischer Forschung. Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) hat im Programm „Hochschuldialog mit der islamischen Welt“ 2013-2015 die religionswissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Goethe-Universität Frankfurt, dem Institut für Religionswissenschaft und Jüdische Studien Potsdam, der Universität für Religionen und Weltanschauungen in Qom und der Frauen-Universität *Al-Zahra* in Teheran unterstützt.

Das *International Center for Religion & Diplomacy (ICRD)*, ein Think Tank in Washington, empfiehlt zur Verbesserung der (US-)Beziehungen

mit Iran auch *Citizens Diplomacy*, Bürgerbegegnungen, Besuche im Iran und persönlichen Austausch. Ein kommunales Beispiel dafür aus Deutschland: Die Stadt Freiburg unterhält seit 2000 mit der Universitätsstadt Isfahan eine deutsch-iranische Städtepartnerschaft - kontinuierlich gepflegt, auch in Zeiten, als die Begegnungen kommunaler Spitzenvertreter eingefroren waren.

Zu überlegen ist, ob in *Citizens Diplomacy*-Formate auch Religionsvertreter bzw. (nicht-touristische) Besuche bei religiösen Institutionen, theologischen Hochschulen integriert werden können. Ebenfalls zu prüfen wäre, ob im Rahmen landeskundlicher Vorbereitungen der Teilnehmer beim deutsch-iranischen Begegnungsprojekt für Unternehmenshospitationen „Iran-Horizonte“ auch Informationen über Religionen und Religionsverfassungsrecht in Deutschland angeboten werden sollen.

Israel und Palästinensische Gebiete

Zwischen Deutschland und Israel bestehen intensive religionsbezogene und zivilgesellschaftliche Beziehungen, gerade durch Kirchen und andere religionsbasierte Akteure. Angesichts der Sensibilität der deutsch-israelischen und israelisch-palästinensischen Beziehungen, aufgrund der komplizierten religiösen und konfessionellen Gemengelage am Schnittpunkt dreier Weltreligionen ist eine besonders sorgfältige, ausgewogene Auswahl der Partner und Projekte bei der Zusammenarbeit erforderlich.

Akteure mit Landeserfahrung, die dabei ggf. beraten können, dürften die langjährigen deutschen Kirchenvertreter und Theologen/Religionswissenschaftler vor Ort, wie etwa die *Dormitio*-Abtei (Theologisches Studienjahr Jerusalem), die an der Verleihung des Friedenspreises *Mount Zion Award (MZA)* für interreligiöse Verständigung mitwirkt, das Fo-

rum ehemaliger Studierender im Theologischen Studienjahr Jerusalem, die lokalen Büros der politischen Stiftungen, das auch vom BMZ unterstützte Willy-Brandt-Zentrum (WBC) in Jerusalem, Forum ziviler Friedensdienst ZFD, Pax Christi und Aktion Sühnezeichen oder auch die Vertretung des Heiligen Stuhls sein.

Selbstverständlich sollten auch orthodoxe und orientalische Christen sowie jüdische und muslimische Institutionen angesprochen werden. Ein möglicher Kooperationspartner ist die in Israel aktive und anerkannte Menschenrechtsorganisation Rabbiner für Menschenrechte (*Rabbis for Human Rights* RHR). Da Israel in der Wasserversorgung technologisch führend ist und die Wasserversorgung ein sehr wichtiges Thema für die palästinensischen Gebiete und die israelisch-palästinensische Zusammenarbeit ist, wäre es interessant, zu prüfen, ob die in Jordanien von BMZ/GIZ umgesetzte Kooperation mit religionsbasierten Akteuren beim Wassermanagement auch in Israel bzw. den Palästinensischen Gebieten möglich wäre.

Jordanien

Jordanien ist international sehr aktiv bei der Förderung von interkulturellem und interreligiösem Dialog. Das jordanische Königshaus hat 2004 mit der *Amman Message* innermuslimische Konsensbildung zu kritischen religiösen Fragen befördert. Auch ein internationales Netzwerk gemäßigter muslimischer Führer entstand dadurch. Für den theologischen Dialog wichtig ist das *Royal Aal Al-Bayt Institute for Islamic Thought* (RABIIT) mit Sitz in Amman. Auch das *Royal Institute for Inter-Faith Studies* in Amman ist eine zentrale Institution. Der jordanische Prinz Hassan bin Talal ist eine herausragende Persönlichkeit im weltweiten interreligiösen Dialog. Es bietet sich für Deutschland an, Jordanien in seiner religions-

bezogenen Außenpolitik besonders zu unterstützen.

Angesichts der Flüchtlingssituation im Land könnte Deutschland Jordanien ggf. Erfahrungsaustausch zur Flüchtlingsseelsorge, Trauma-Aufarbeitung, und zu Frieden und Versöhnung durch Religionen/Geistliche anbieten. Fraglich ist, ob die deutsch-jordanische Universität bzw. die Hochschulzusammenarbeit beider Länder auch technische Fragen, etwa die Energiewende in deutschen Kirchen und Nutzung erneuerbarer Energien vermitteln und für Moscheen /religionsbasierte Akteure in Jordanien fruchtbar machen kann.

Libanon

Der Libanon bietet ein im Nahen Osten einzigartiges multireligiöses Mosaik. Allerdings ist Religion stark politisiert und konfessionalisiert. Um der Segregation entgegen zu wirken, unterstützen GIZ und Ziviler Friedensdienst (ZFD) die gemeinsame Fortbildung von Theologiestudierenden, Jugendgruppenleitern, Medienschaffenden verschiedener Religionsgemeinschaften in den Bereichen Dialog, gewaltfreie Konfliktlösungen, Abbau von Feindbildern. Ein anderer Partner könnte evtl. die *Adyan-Stiftung* in Beirut sein, eine libanesische NGO für interreligiöse Studien und spirituelle Solidarität. Sie ist tätig in den Bereichen interkulturelle Fortbildung, Frieden und soziale Gerechtigkeit, Schulerziehung, *Diversity Management*, Medien.

Weitere im internationalen/interreligiösen Kontext aktive libanesische Institutionen sind das *National Dialogue Committee/Islamic-Christian National Dialogue Committee*, der *Middle East Council of Churches* und die *Arab Muslim-Christian Dialogue Group*. Der Londoner Think Tank *Centre on Religion and Global Affairs* (CRGA) verfügt über ein Büro in Beirut, das

mit dem Programm *Beirut Conversations* Politikern, Diplomaten, Religionsvertretern, Experten und Zivilgesellschaft aus dem Nahen Osten und Nordafrika eine Plattform für vertrauensbildenden Austausch über sensible Themen und innovative Perspektiven bietet.

Angesichts der hohen Zahl von Flüchtlingen im Libanon und der Fragilität der religiösen Balance ist die deutsche Außenpolitik besonders gefordert, das Land zu unterstützen. Deutschland könnte, ggf. in Zusammenarbeit mit dem UN-Hochkommissar für Flüchtlinge UNHCR, mit den USA oder Frankreich die interreligiöse Zusammenarbeit in der Flüchtlingshilfe fördern und die libanesischen Institutionen bei der Deradikalisierung, Schulbildung und friedens- und versöhnungsorientierten Seelsorge für Geflüchtete unterstützen.

Saudi-Arabien

Saudi-Arabien betreibt eine aktive, weltweite religionsbezogene Außenpolitik. Wichtiger Akteur ist das von Saudi-Arabien, Österreich, Spanien und dem Heiligen Stuhl als Beobachter mitgetragene *King Abdullah bin Abdulaziz International Centre for Interreligious and Intercultural Dialogue* (KAICIID) in Wien. Das KAICIID fördert weltweit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und interreligiöse Friedensarbeit. 2017 unterstützte das KAICIID in Limassol (Zypern) die Gründung eines Netzwerks von christlichen und muslimischen Theologen aus dem arabischen Raum zum interreligiösen Dialog.

Da für religionsbasierte Akteure in Saudi-Arabien massive Einschränkungen und sogar vollständige Verbote bestehen, sind die Optionen für eine religionsbezogene Zusammenarbeit Deutschlands sehr begrenzt - und auch aufgrund der Menschenrechtssituation politisch hochsensibel. Umso überraschender, dass

der US-amerikanische Think Tank *International Center for Religion & Diplomacy* (ICRD) mit den saudischen Bildungsbehörden schon seit Jahren zusammenarbeitet, um religionsbezogene Materialien für die Lehrerausbildung und Schulbücher zu modernisieren und extremismusfördernde und den „Islamischen Staat“ und *Al Qaida* propagierende Inhalte zu entfernen. Offenbar hat sich der saudische Außenminister sogar dafür eingesetzt, dieses Projekt von Budgetkürzungen des *US State Department* auszunehmen.

Förderung interreligiöser Kooperation

Bei der friedensorientierten Förderung des interreligiösen Dialogs durch eine religionsbezogene Außenpolitik bieten sich zahlreiche international aktive Dialog- und Kooperationspartner an, wie etwa in Deutschland die Stiftung Weltethos Tübingen, forschungs- und netzwerkbezogen die Interreligiöse Arbeitsstelle (INTRA), in Europa die Unterstützung des *European Council of Religious Leaders* (E-CRL), weltweit *Religions for Peace* (RfP) in New York, der *Council for a Parliament of the World's Religions* (CPWR) in Chicago oder die *United Religions Initiative* (URI). Sie haben jeweils unterschiedliche Fähigkeiten und Schwerpunkte. Dabei ist es wichtig, die Ziele, Ebenen und Themen interkultureller/interreligiöser Dialoge, Kooperationen und Friedensarbeit zu differenzieren (vgl. Bender 2013: 295-297). Auch in der wissenschaftlichen Forschung gibt es zahlreiche Institute, die sich der interreligiösen Kooperation und dem Dialog widmen, wobei hier die Fokussierung auf Außenpolitik und internationaler Friedensarbeit noch nicht so verbreitet ist.

Überblicke über international agierende Religionsdialog-Initiativen bieten unter anderem das *Religions for Peace (RfP) European Directory* für Europa und das ambitionierte, eine weltweite Erfassung anstrebende Peacemap-Projekt des *King Abdullah bin Abdulaziz International Centre for Interreligious and Intercultural Dialogue (KAICIID)*. Hervorzuheben sind „*A Common Word*“, ein Brief von 138 hochrangigen muslimischen Gelehrten an die religiösen Führer des Christentums (Weingardt 2014: 126-130) mit einer konkreten Wirkungsgeschichte, die *Beirut Declaration on "Faiths for Rights"* 2017 zu Menschenrechten und die *18 Faith for Rights Commitments* mit Begründungen aus den Traditionen verschiedener Religionen sowie die Parlamente der Weltreligionen in Chicago 1893 und 1993, Kapstadt 1999, Barcelona 2004, Kapstadt 2009 (Weingardt 2014: 109-114), Salt Lake City 2015.

Es gilt nicht nur, diese internationalen interreligiösen Dialoginitiativen und Übereinkünfte im intrareligiösen Diskurs und an der Basis bekannter zu machen, sondern sie auch konkret auf Friedensarbeit zu orientieren und anzuwenden. Gleichzeitig gibt es in den jeweiligen Ländern viele engagierte und hervorragende interreligiöse Initiativen, die überregional weitgehend unbekannt sind, obwohl von ihnen vielleicht sogar international viel zu lernen wäre. Hier ist Vernetzung wichtig.

Erfolgreiche Kooperation

Die Zusammenarbeit mit Religionsgemeinschaften und religionsbasierten Akteuren ist dort besonders erfolgreich, wo die Kooperationspartner sorgfältig identifiziert und ausgewählt werden, ihnen auf Augenhöhe begegnet wird und sie in ihrer Autonomie als Partner aus den Religionen respektiert werden, wo Ziele der Zusammenarbeit gemeinsam defi-

niert werden, eine genaue Situations- und Kontextanalyse vorgenommen wird und fachliche Lösungskompetenzen aktiviert und gefördert werden.

Natürlich sind auch die politische Stabilität in den Partnerländern, das gegenseitige Vertrauen in den allgemeinen bilateralen Beziehungen, die Funktionsfähigkeit von Institutionen im Land entscheidende Rahmenbedingungen. So wichtig gerade im Dialog mit Religionsvertretern im Ausland die Auswahl und der Kontakt zu glaubwürdigen, engagierten, kooperativen, verlässlichen Einzelpersonlichkeiten und deren langfristiges Engagement sind, so ist es doch auch für den dauerhaften Erfolg wichtig, die Zusammenarbeit nicht nur von Personen abhängig zu machen, sondern auch strukturell und institutionell abzusichern.

Dabei sollte man nicht nach einem einzigen besten Modell für religionsbezogene Außenpolitik suchen:

„The new knowledge of international relations that today's foreign policy-makers are looking for is surely marked by the plural, the local, the societal, the culturally specific – and, perhaps most importantly we have argued, the religiously specific“. (vgl. Petito/Thomas 2015: 51)

Ein Schwerpunkt bei der Friedensverantwortung der Religionen sowie partnerschaftliche Netzwerke mit ausländischen religionsbasierten Akteuren könnten aber innovative Akzente religionsbezogener Außenpolitik sein.

Ausgewählte Literatur

- Bender, Peter (2013): Die Rolle der EU im internationalen interreligiösen Dialog. Forum, Förderer, Facilitator. In: Werkner, Ines-Jacqueline/Liedhegener, Antonius (Hg.) (2013): Europäische Religionspolitik. Religiöse Identitätsbezüge, rechtliche Regelungen und politische Ausgestaltung. Wiesbaden, S. 295-305
- Bread for the World – Protestant Development Service (2016): Religion in the Context of Violence. Challenges for Peace Building Work of Religious Actors in Violent Conflicts: Outcomes of a Partner Workshop. May 2016. Berlin
- Hasenclever, Andreas/De Juan, Alexander (2007): Religionen in Konflikten – eine Herausforderung für die Friedenspolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Heft 6, S. 10–16
- Petito, Fabio/Thomas, Scott M. (2015): Encounter, Dialogue and Knowledge. Italy as a Special Case of Religious Engagement in Foreign Policy. In: The Review of Faith and International Affairs (RFIA), vol. 13 (2015), Number 2 (Summer), S. 40-51
- Weingardt, Markus A. (2014): Was Frieden schafft. Religiöse Konfliktbearbeitung. Akteure, Beispiele, Methoden. Gütersloh
- Weingardt, Markus A. (2016): Friede durch Religion? Das Spannungsverhältnis zwischen Religion und Politik. Studie Bertelsmann Stiftung, online:
<https://www.bertelsmannstiftung.de/de/publikationen/publikation/did/friede-durch-religion/>

Über den Autor

Peter Bender, Politikwissenschaftler und katholischer Theologe, befasst sich seit über 20 Jahren mit Religion und internationaler Politik. Nach dem Doppelstudium der Politikwissenschaft, Theologie und Volkswirtschaftslehre in Freiburg i. Br. mit Auslandsaufenthalten in Bordeaux, Los Angeles, bei den Vereinten Nationen in New York, in Washington DC, Guadalajara (Mexiko) und São Paulo (Brasilien) arbeitete er im Europäischen Parlament in Brüssel, als Europa-Fachjournalist, als Hochschuldozent für die Beziehungen zwischen Europa und der islamischen Welt und als religionspolitischer Referent beim SPD-Parteivorstand in Berlin.

Über das ifa

Das ifa (Institut für Auslandsbeziehungen) engagiert sich weltweit für ein friedliches und bereicherndes Zusammenleben von Menschen und Kulturen. Es fördert den Kunst- und Kulturaustausch in Ausstellungs-, Dialog- und Konferenzprogrammen. Als Kompetenzzentrum der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik vernetzt es Zivilgesellschaft, kulturelle Praxis, Kunst, Medien und Wissenschaft. Es initiiert, moderiert und dokumentiert Diskussionen zu internationalen Kulturbeziehungen.

Dieser Text basiert auf den Ergebnissen eines Forschungsprojekts im Rahmen des ifa-Forschungsprogramms „Kultur und Außenpolitik“.

Impressum

Die Publikation gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Herausgeber:

ifa (Institut für Auslandsbeziehungen)
Charlottenplatz 17, 70173 Stuttgart,
Postfach 10 24 63, D-70020 Stuttgart

info@ifa.de , www.ifa.de

© ifa 2018

Autor: Dr. Peter Bender

Lektorat: ifa-Forschungsprogramm „Kultur und Außenpolitik“

ISBN: 978-3-921970-16-4

DOI: <https://doi.org/10.17901/AKBP2.10.2018>